

Die Gewerkschaft

**Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Königsplatz 42 (Redakteur E. Dittmer)
Verleger: Zeitungs-Verlag, Berlin, Unter den Eichen 119/120

**Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!**

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: monatlich durch die Post
(einschließlich Befehlsgeld) 150 Mk.

Der Kampf der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet.

Im Anschluß der Unterstützungsfrage der beim wilden Streik der Unionisten usw. in Rheinland-Westfalen beteiligten organisierten Mitglieder der freien Gewerkschaften tagte am 30. Mai eine besondere Sitzung der Verbandsvorstände mit dem Bundesrat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Rhein-

wilden Streiks nicht aus Gewerkschaftsmitteln unterstützt werden können, aber die staatlichen und kommunalen Mittel müßten zur Unterstützung herangezogen werden.

Ebenso wichtig wie die Unterstützungsfrage ist aber auch die Gesamtsituation im Ruhrgebiet. Während man vielfach außerhalb Rheinland-Westfalens die Meinung hört, der Widerstand der Arbeiterschaft sei bereits gedrochen, besteht in der gesamten Arbeiterschaft Rheinland-Westfalens eine zielflare, einheitliche Abwehrfront, so daß der passive Widerstand auch jetzt noch als eine Notwendigkeit angesehen wird, in der Voraussetzung, daß die nötige Unterstützung seitens der Regierung erfolgt. Es ist dabei festgestellt worden, daß das Bürgertum in jeder Beziehung versagt hat. Man weiß überhaupt kaum, ob man von einem Kampf des Bürgertums sprechen kann. Macht man sich klar, daß die Durchführung des Kampfes nur erfolgen kann, wenn die Bevölkerung hinreichend ernährt wird, so ist es ungeheuerlich, wenn infolge rücksichtsloser Spekulationslust der Dollar kolossal stieg, ohne daß das Verständnis für die notwendige Erhöhung der Löhne beim Unternehmertum vorhanden ist. Vor allem ist es der Reichsbank selbst schwer gemacht worden, durch die mangelhafte Zeichnung der Dollaranleihe die Stabilisierung der Mark durchzuführen. Wenn man schon von einem Dolchstoß in den Rücken der Ruhrarbeiter reden wollte, so wäre es der 18. April, der Tag der vergeblichen Dollaranleihe.

Der zweite schwarze Tag war die Erklärung der Industriellen, daß sie ganze 200 Millionen Goldmark opfern wollen. Wir veröffentlichten an anderer Stelle (Aus den deutschen Gewerkschaften) die Antwort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Hirsch-Dunderschen hierauf. Unser eigenes Urteil möchten wir dahin zusammenfassen: Es ist ungeheuerlich, daß die deutschen Industriellen, die Landwirtschaft, Handel und Banken der Gesamtsituation so einseitig gegenüberstehen. Sie treiben eine Katastrophenpolitik und vergessen dabei, daß, wenn der Widerstand der Arbeiterklasse erlahmt, sie gleichfalls den schwersten Schaden zu tragen haben.

Von der Regierung Cuno ist zu sagen, daß sie seit Bestehen der Revolution nicht nur die teuerste, unfähigste und ungeeignetste gewesen ist trotz ihrer „sachlichen“ Zusammensetzung, sondern daß sie auch in der unverantwortlichsten Weise in bezug auf die Ernährungs- politik, die Steuerdrückerei der Besitzenden wie vieler anderer Dinge ein solches Maß von Schuld auf sich genommen hat, daß sie vor der Geschichte niemals wird bestehen können.

Es ist natürlich in gegenwärtiger Zeit sehr schwer die Regierung zu führen, da die außenpolitischen Verhältnisse nicht von uns, sondern sozusagen von Frankreich entschieden werden. Das wurde auch in einer weiteren Sitzung der Funktionäre von ganz Rheinland-Westfalen in dem Referat des Genossen Martmöller eindringlich gekennzeichnet. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Arbeiterschaft und insbesondere die Eisenbahner ungeheure Opfer bei der Befestigung haben bringen müssen, und daß man geradezu von einem Kampf der Franzosen gegen die Gewerkschaften sprechen muß. Die Ausweisungen der Eisenbahner usw. sind so zahlreich, daß das Weltgewissen dagegen unbedingt Stellung nehmen muß. Martmöller schilderte dann die einzelnen Phasen der letzten Vorgänge und stellte fest, daß mit solchen wilden Bewegungen, so berechtigt die Empörung der Arbeiterschaft an sich ist, im ganzen nur die Arbeiterschaft geschädigt werden kann. Wenn wir keine Ägypten kainen können, so können wir auch keinen siegreichen Kampf führen. Martmöller glaubt, daß die Abwehrfront im

den Mitgliedern der freien Gewerkschaften! Verantwortliche Elemente sind die Arbeiter des Ruhrgebietes in der Masse geküßelt worden, die viele Tote und Verwundete geküßelt hat. Die Gewerkschaften haben mit diesen Vorgängen nichts zu tun. Ihr Gut und Blut fallen denen zur Last, die in geradezu überhöhter Weise die Rot des Hasses andrücken, um unter dem Vorwand ihrer politischen Ziele zu erreichen. Wie konnten diese Dinge entwickeln? Der französisch-belgische Ruhrmarsch hat die Arbeiterschaft fast lahmgelegt. Bei norddeutscher Geldentwertung und Spekulation die Preise des unentbehrlichen Lebensgutes zu unerträglicher Höhe gesteigert. Dem Ansturm gewissenloser Spekulanten hat die Regierung in keiner Weise gewachsen. Es ergab sich eine katastrophale Verschlechterung der Lebensbedingungen der breiten Massen, der auch das Unternehmertum absolut nicht zu tragen hat. Diesen Augenblick, wo alles darauf ankam, die Arbeiterschaft zu rufen, um die eingeleitete Lohnverhandlung zu einem für die Arbeiter günstigen Ausgang zu bringen, diesen Augenblick benutzten die Kommunisten, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Ihre Hundstufen trieben die Arbeiter mit Knütteln, Messern und Revolvern und hinderten sie gewalttätig an der Arbeit; sie zwangen die Arbeiter in brutaler Weise zu Streikbrüchen, die zahlreichen Leben und Gesundheit kosteten. Unter dem Deckmantel ihrer Forderungen entsetzten die Kommunisten politische Ziele. Aber die Not der Arbeiter wurde dadurch nicht vermindert, sondern vielmehr gesteigert. Die „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ hat die Arbeiterschaft in die Falle geschwommen, die den Kampf ab. Dabei hat sie nicht das geringste erreicht. Alles, was die Arbeiter erreicht wurde, ist durch die Verhandlungen der Kommunisten herbeigeführt. Die Gewerkschaften werden auch fernhin nicht im Stich lassen. Haben sie auch den Streik nicht gewollt, so muß versucht werden, durch die unverantwortlichen Schädlinge der Bewegung die vermehrte Not in den Arbeiterfamilien zu lindern. Die Verhandlungen sind eingeleitet. Natürlich wird auch alles getan, um berechnete Lohnsprünge zu befriedigen. Das ist aber nur ein Mittel, wenn die Arbeiter aus den letzten Vorgängen lernen und warnen, die Gewerkschaften zu rufen.

Nicht bemerkenswert waren die Ausführungen des Vertreters der Bergarbeiter Husemann. Er stellte fest, daß ebenso plötzlich der Streik der Unionisten abgeblasen worden ist, wie er begonnen wurde. Gerade jetzt seien die Kollegen im Bergbau von der Neuregelung der Löhne in Rücksicht auf die abnorme Teuerung durchaus ungenügend und in demselben Moment haben die Unionisten den Streik abgebrochen. Das muß dazu führen, daß in den nächsten Tagen der Arbeiter immer mehr erkannt werde, eine solche unkluge Taktik kann niemals zum Segen der Arbeiterschaft, sondern nur zu ihrem Schaden ausfallen. Überdies wurde von ihm wie auch von anderer Seite geltend gemacht, daß die Hauptschuldigen eigent- lich seien des Unternehmertums und in der Regierung lägen. Die Verantwortlichkeit gegenüber der fürchterlichen Teuerung, die hier gezeigt habe, mußte in irgendeiner Weise solche Taktik zur Auslösung bringen oder wenigstens ermöglichen. Es ist deshalb auch unbedingt zu fordern, daß zwar die

...ung. Rat an ein...
...slose und...
...s für den...
...B...C...
...000 2800
...800 2400
...800 1850
...800 2400
...800 2050
...650 1550
...050 950
...900 850
...für unter...
...nach M...
...sjahres...
...sichtlich 57
...B...C...
...8000 16800
...5600 14400
...0800 9800
...5000 14400
...8200 12300
...9900 9800
...4900 22500
...9700 27600
...5100 82700
...0600 37800
...gleichfalls...
...ferenz zwi...
...lste seines
...15. Mai...
...1923. Nun...
...nur unter...
...von 926 505...
...nse von de...
...um alle Re...
...zum Schlu...
...nstration de...
...Bücher...
...Gedanken...
...halt und im...
...Emil Reib...
...sicht planm...
...in der Gew...
...D.M. 64...

passiven Widerstand auf längere Zeit gehalten werden kann, wenn alsbald die Verhandlungen erfolgen und die Regierung wie auch das Unternehmertum eine endere Taktik einschlagen.

In einem weiteren Referat des Abgeordneten **Sollmann-Köln** wurde die Stimmung und Auffassung im altbesetzten Gebiet dargestellt. Auch dieser Redner ist empört, daß das Bürgertum so wenig Teilnahme am Kampf zeigt und daß der Abwehrkampf in der Hauptsache den Gewerkschaften verblieben ist. Wir können aber als deutsche Arbeiterklasse uns nicht dem französischen Imperialismus und damit zugleich dem deutschen Kapitalismus mit gebundenen Händen ausliefern. Denn dann würden nicht nur die Errungenschaften der Republik gefährdet, sondern auch die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands würde auf Millionen deutscher Arbeiter keine Anwendung mehr finden. Es gibt vielleicht in der ganzen Welt kein Bürgertum, daß sich so schädig, krämerhaft und antinational benommen hat wie das deutsche. Die Arbeiterschaft muß aber nicht nur im Interesse des deutschen Proletariats, sondern auch der Weiterentwicklung des Sozialismus, gegen den Militarismus und Kapitalismus den Kampf führen. Allerdings fordert auch dieser Redner als Voraussetzung, daß unmittelbare Verhandlungen angestrebt werden müssen.

Die Aussprache über diese Referate ergab eine fast einheitliche Auffassung über die Notwendigkeit weiterer Abwehr unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen unerbüßlich in die Wege geleitet werden und die neue Note an die Entente nicht in so grober läppischer Weise die Dinge anpaßt.

Wenn man Einblick hat in die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die insbesondere die Eisenbahner, Bergarbeiter und andere Gruppen der Arbeiterschaft Tag um Tag bringen, so ist der Abwehrkampf der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet eine der gewaltigsten Dokumente der Zeitgeschichte. Wenn man demgegenüber die kleinliche Haltung des Bürgertums, insonderheit aber der Industriellen, und die tatenlose Passivität der Regierung in Parallele stellt, so können wir zwar für den Moment in dieser trüben Zeit keinen Trost daraus schöpfen, wir glauben aber, daß im Laufe der Zeit die Arbeiterschaft ihre Kräfte soweit entfalten wird, daß sie mit gleichem Willen sich durchsetzt in der Innenpolitik und daß dann auch die Außenpolitik Deutschlands in gesündere Bahnen geleitet werden kann.

Gesundheitszustand der Großstädter.

Die in allen deutschen Städten unhygienischen Wohnungsverhältnisse werden durch Wohnungsmangel und Verfall der Häuser verschlimmert. So wiesen in Berlin, wie Oberbürgermeister Böß in seiner Broschüre "Die Not in Berlin" (Zentralverlag, Berlin W. 35) nachweist, 70 Prozent der Wohnungen, in einzelnen Bezirken über 80 Prozent nur 2 Wohnräume mit Küche und nur 10 Prozent der Wohnungen mehr als 4 Wohnräume auf. Zahlreiche Familien wohnen nur notdürftig in Baracken und Lauben. Im Vierteljahr Oktober-Dezember 1922 wurden für noch nicht 5 Prozent aller Wohnungsuchenden eine Wohnung nachgewiesen, über 200 000 Wohnungsuchende blieben unbefriedigt. Beim Zusammenwohnen mit Angehörigen oder in Untermiete führt dieses Zusammendrängen, oft in völlig ungenügenden Räumen, zu höchst nachteiligen Verhältnissen (Mitbenutzung der Kucheneinrichtungen, Gas, elektrischen Stroms, Aborts). Die Entwicklung der Uebertragung von Krankheiten, vor allem von Schmutz- und Infektionskrankheiten, wird begünstigt, die Heilung erschwert. Eitliche Gefährdungen aller Art, Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten, Familiengründung und Familienentfaltung durch Wohnungsmangel vermindert, zunehmende Verwahrlosung der Häuser und Wohnungen (weil weder Hausbesitzer noch Stadtverwaltung über erforderliche Mittel für notwendige Unterhaltungsmaßnahmen verfügen) sind die Folgen dieser Zustände.

Die zunehmende Leuerung macht weiten Bevölkerungsteilen ausreichende Ernährung unmöglich, die Nahrungszufuhr ist einseitig und minderwertig, es fehlen Fette, Hülsenfrüchte, Zucker, Eiweiß. Die Minderwertigkeit des Markenbrots, auch sonstige Qualitätsminderung der Nahrungsmittel ist allgemein nachweisbar, insbesondere bei der Milch. Ein Zurückfallen auf die Ernährungsgewohnheiten der Kriegszeit, mit Vorwiegend des Verbrauchs von Kartoffeln und Zurücktreten der höherwertigen Nahrungsmittel, wie Fleisch, Eier, Weißbrot und Milch, ist besonders bedenklich in Anbetracht der zunehmenden Intensivierung der Arbeit. Bekannt ist die Tatsache, daß geistige und intensive Arbeit hochwertige Nahrungsmittel erfordert, diese hochwertigen Nahrungsmittel sind weder in genügender Menge noch zu erschwinglichen Preisen erhältlich, daher entstehen als Folgen: Unternahrung, körperliche Beschwerden und zunehmende Verminderung der Leistungsfähigkeit.

Die Körperpflege ist allgemein eingeschränkt infolge der Teuerung der Bäderpreise, zum Teil vollständiger Schließung von Bädern wegen Kohlenmangels, Verteuerung von Seife und Wasser. An Körperpflege wird vielfach zuerst gespart, da noch als entbehrlicher Luxus angesehen wird, insoweit eine Zunahme der Schmutz- und Hautkrankheiten und deren Ausbreitung zu erwarten ist. Es ist bemerkenswert, daß Hauspflegerinnen sich vermehrt verschmutzte Wohnungen zu betreten, so daß dadurch die Körperpflege beeinträchtigt wird.

Die hohen Kohlenpreise machen eine ausreichende Heizung der Wohnungen unmöglich, da die Ausnutzung der Heizungsanlagen oft unterbleiben muß. Die Folge sind häufige Erkältungen und Erkältungskrankheiten, begünstigt durch mangelnde Kleidung, namentlich an wärmerer Unterwäsche und an Bekleidungsgegenständen.

So sind in jeder Hinsicht die Vorbedingungen für Entstehung und Verbreitung von Krankheiten gegeben, und eine Gefahr infolge ungenügender und einseitiger Ernährung ist nach einstimmiger Aussage der Ärzte neben Zunahme der aus den Kriegen bekannten Krankheiten der Verdauungsorgane, z. B. Stomatitis, insbesondere bei Kindern, Zunahme von gichtartigen Gelenkerkrankungen, insbesondere bei Kindern, Zunahme von Bluthochdruck, Bluthochdruck und Knochenweichung in wachsendem Alter festgestellt. Ebenso sind Knochenbeschwerden bei Frauen, allgemeine Gewichtsabnahme, Verminderung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, Sprödigkeit der Zähne und deren Abnutzung, Anbrüche von Füllungen, nervöse Erschöpfungsstörungen, Zitterkrämpfe und des Stimmens, leichte und an sich unbedeutende Erkrankungen führen infolge des Kräfteverfalls oft zum Tode. Gleiches ist die Beobachtung gemacht, daß nach gut überstandener Operation der Tod infolge allgemeiner Körperschwäche oder mangelhafter Körperverfassung eintrat. Ein günstiger Nährboden für Infektionskrankheiten aller Art sind nicht selten auch Fleisch- und Fischvergiftungen durch verdorbene und verfälschte Nahrungsmittel.

Auffällig ist die Zunahme des Hungerödems. Es ist keine anerkannte Krankheitsform und keine von den Ärzten der Häufigkeit der Hungertodesfälle besteht, da dieselben andere Todesursachen verdeckt sind, sind Sterbefälle infolge Hunger und Entbehrungen aus allen Teilen des Reiches ärztlich festgestellt. In Berlin sind in den letzten drei Monaten des Jahres acht Hungertodesfälle nachgewiesen, 4 Männer und 4 Frauen, Teil alleinlebende Altmosenempfänger, aber auch verheiratete zusammenlebende Personen.

Bemerkenswert sind die Zunahmen der Selbstmorde. In Berlin sind in den Monaten September bis Dezember 1922 19 Selbstmorde gegenüber 408 in den gleichen Monaten des Vorjahres festgestellt. Die Zunahmen der Selbstmorde sind zweifellos durch die Verunsicherung und Furcht vor der gänglichen Verelendung zu erklären, wenngleich der eigentliche Grund der Selbstmorde oft nicht immer mit aller Deutlichkeit erkennbar ist.

An Erkältungskrankheiten (Grippe, Lungenerkrankungen) und anderen Erkrankungen der Atmungsorgane starben 1922 in Berlin 7874 Personen gegenüber 5659 im Jahre 1921. Als verhängnisvoll muß die starke Zunahme der Tuberkulose, insbesondere unter Kindern und alten Leuten, angesehen werden. Die Höhe der Tuberkulosesterblichkeit in den sechs Innenbezirken Berlins ist auf folgende Zahlen zu sehen: 1913: 15,68, 1920: 14,96, 1921: 15,12, 1922: 18,55. Gegenüber Inner-Londons 1922 mit 12,4 Tuberkulosesterblichkeit auf je 10 000 Lebende. In 46 deutschen Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern ergibt sich für 1922 im Vergleich zu 1921 eine Abnahme der Lebendgeborenen um 16 758 und eine Zunahme der Todesfälle um 29 876.

Die Zahl der verfügbaren Krankenbetten in Berlin ist infolge der Teuerung der Betten um 40 000, davon 24 000 in städtischen Anstalten. Die Zahl der Verpflegungsstage war 12 Millionen im Jahr bei einer Bevölkerung von 4 Millionen Einwohnern, davon in kommunalen Anstalten (einschl. Provinzialanstalten) 9 Millionen Verpflegungsstage. Die Irrenanstalten und Hospitäler waren bis zur Grenze der Aufnahmefähigkeit belegt. In der Kinderstation des städtischen Krankenhauses sind zeitweilig wegen Ueberfüllung bis zu drei Kindern in einem Bett. Armenkranke, für die die Stadt die Kosten der Verpflegung zu tragen hat, waren in den Krankenstationen der Irrenanstalten über 90 Prozent der Irrenanstalten fast 100 Prozent. Die Krankenstationen sind mehr als die Hälfte außerstande, die Kosten der Anstaltsbehandlung ihrer Mitglieder aufzubringen.

Die finanzielle Lage der Kranken- und Pflegeanstalten infolge der fortschreitenden Geldentwertung immer trostloser. Die vollständige Erhöhung der Verpflegungsätze (in den städtischen

stellen für die 3. Klasse 1913 3 M., im Januar 1923 1700 M. und trotz steigender Zuschüsse sind immer weitere Einschränkungen notwendig. In den städtischen Krankenanstalten wurde gegenüber der Versorgung in der Vorkriegszeit der durchschnittliche Verbrauch herabgesetzt, bei Fleisch von 2200 Gramm auf 1000 Gramm, Fett von 500 bis 600 Gramm (Butter) bis auf 420 Gramm (fette Butter), Brot von 2800 Gramm bis auf 2100 Gramm, Milch von 7000 bis 12 000 Gramm bis auf 7000 Gramm. In den Händen vor dem Kriege dem Kranken wöchentlich 7 Liter zur Verfügung, jetzt nur noch 3/4 Liter wöchentlich zum Kaffee, soweit Milch ausdrücklich ärztlich verordnet ist. In den Irrenanstalten werden sogar nur 630 Gramm Fleisch und 420 Gramm Fett (Butter). Die Versorgung der Kranken mit Lebensmitteln Angehörige war früher streng verpönt, jetzt ist sie allgemein gebräuchlich, trotz der damit verbundenen Gefährdung des Heilungsfortschritts.

Wenig unzulänglich sind die verfügbaren Mittel zur Unterhaltung des Möbelsbestandes, für Erneuerung der Instrumente und Geräte, sowie für die wissenschaftliche Weiterbildung der Ärzte des Pflegepersonals durch Zeitschriften, Lehrgänge. Neue Betten werden nicht eingerichtet werden trotz dem dringenden Bedürfnis. Beispiele der Medikamententeuerung seien: 1 Kilogramm Morphium 2900 M. vor dem Kriege, jetzt 600 000 M., ein Gramm Tabak 26 M., jetzt 620 000 M. Dringend notwendige Maßnahmen müssen unterbleiben oder eingeschränkt werden.

In gleicher Lage wie die städtischen befinden sich die staatlichen und privaten Heilanstalten. Für letztere ist die Aufrechterhaltung erheblicher Zuschüsse von Staat und Gemeinden schwer möglich. Der Betrieb wird mit Mühe von einem Tag zum anderen gehalten, jede Erneuerung der Einrichtung und Ausstattung, wenn auch so dringlich, muß unterbleiben. Das Pflegepersonal legt sich die größten Entbehrungen auf, um den Kranken und Angehörigen die Lage zu erleichtern, trotzdem haben zahlreiche Anstalten schließen müssen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Kampfkont nach außen und nach innen. Eine Konferenz der Führer der Freien Gewerkschaften und der Bezirksleitungen nach Vorträgen des Bergarbeiterführers Martmüller und Reichstagsabgeordneten Sölmann folgende Entschliessung einmütig an:

Der passive Widerstand, der von den Organisationen der Arbeiter, Soldaten und Beamten geführt wird, muß auch während der begrenzten Verhandlungen mit der bisherigen Energie sorgföhrig werden. Vorbehaltlich des Widerstandes würde die Umwertung unter den Bedingungen Imperialismus und Militarismus bedeuten. Die Arbeiter führen den Kampf nicht für die Reichsregierung, die sich schwere Lasten aufzubinden kommen ließ, nicht für die deutsche Kapitalistenklasse, die auch in diesen schweren Monaten wiederholt versagt, sondern für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, also für sich selbst und für das nationale Proletariat.

Während durch Selbstsucht des deutschen Kapitals die Welt sich gegen uns geschlossen ist, muß von der Reichsregierung und dem Unternehmertum getan werden, um sofort Gehälter, Löhne, Erwerbslosensätze und den veränderten Verhältnissen anzupassen und die Lebensgrundlage zu sichern. Zur Bekämpfung des Erschöpfungswillens und zur wirklichen Bekämpfung der Reparationsverpflichtungen sind ganz andere Leistungen der deutschen Kapitalistenklasse erforderlich, als sie in dem Angebot der deutschen Regierung zum Ausdruck kommen.

Wir verlangen zur Rettung des Reiches wirtschaftliche Opfer des Kapitals durch Erlassung der Sachwerte ohne Gegenleistungen zugunsten des Proletats. Jede irgendwie geartete Antastung der deutschen Souveränität in dem bedrohten westlichen Gebiet wird die Arbeitermasse mit allen Kräften bekämpfen. Sie wird sich auch mit einer internationalen Arbeiterbewegung niemals abfinden.

Wir treten für die Deutsche Republik ein.
Wir kämpfen gegen die imperialistische und militaristische Diktatur!

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Beihilfungsstageselder für Reichs- und preussische Staatsarbeiter. Am Reichsbeschlussesblatt Nr. 28 ist folgende Verfügung erlassen: Das unter Ziffer 3 des Erlasses I B 8449 vom März 1923 - RBB. S. 108 f. d. Nr. 215 - festgesetzte Zehrgeld für den Beihilfungsberechtigten Tag beträgt a) vom 1. Mai 1923 ab für die Ortsklasse A 3250 M., B 3060 M., C 2860 M., D 2670 M., E 2470 M.; b) vom 1. Juni 1923 ab für die Ortsklasse A 5000 M., B 4700 M., C 4400 M., D 4100 M., E 3800 M. Schließt sich an die mit Zehrgeld bedachte Auswärtsbeihilfung notwendig eine Uebernachtung außerhalb des Ab-

weiches an, so erhöht sich das Zehrgeld um die Hälfte der vorstehenden Sätze, mithin z. B. für die Ortsklasse A ab 1. Mai 1923 auf 4875 M., ab 1. Juni 1923 auf 7500 M. Die unter Ziffer 7b des vorbezeichneten Erlasses I B 8449 vom 28. März 1923 festgesetzte Vergütung von 40 M. für fehlende Fahrgelegenheiten wird vom 1. Juni 1923 ab auf 80 M. für den Tag erhöht. Berlin, den 28. Mai 1923. I B 13 888. Der Reichsminister der Finanzen, S. A.: gez. Kühnemann.

Landstraßenwärter

Wiesbaden. Zu den Tagelohnsätzen der volljährigen Begeleiter des Regierungsbezirks Wiesbaden (Bedigen und Verheirateten) der Lohnstafel XXIX treten ab 1. Mai 1923 in den Ortsklassen A = 2080 M., B = 2040 M., C = 2000 M., D = 1936 M. und E = 1872 M. hinzu. Die Löhne der Jugendlichen werden in den Ortsklassen A um 2283 M., B = 2256 M., C = 2216 M., D = 2168 M. und E = 2096 M. gegenüber Lohnstafel XXIX erhöht.

Es ergibt sich hiernach folgende Lohnstafel XXX, gültig für die Zeit vom 1. bis 31. Mai 1923:

Ortsklasse	Bedige	Verheiratete	mit 1 Kind	mit 2 Kind.	mit 3 Kind.	mit 4 Kind.	1. jeh. weitere Kind
A	10187	10639	10040	11841	11743	12142	401
B	9680	10332	10738	11134	11536	11938	401
C	9725	10125	10528	10927	11328	11729	401
D	9415	9816	10217	10618	11019	11420	401
E	9104	9505	9906	10307	10708	11109	401

Zu allen vorstehenden Lohnsätzen der Volljährigen (über 20 Jahre) tritt ein Bezirkssteuerzuschlag hinzu, er beträgt 1600 M. in Ortsklasse A, je 1200 M. in Ortsklasse B und C und je 960 M. in Ortsklasse D und E für den Tag. Begeleiter, deren Wohnorte eine Stadt mit über 100 000 Einwohnern ist, erhalten einen weiteren Zuschlag von 800 M. pro Tag. Die in obigen Lohnsätzen der Verheirateten enthaltene Hausstandszulage ist mit 400 M. zu bemerken. Gewährung der Hausstands- und Rinderzulage entsprechend Lohnstafel XV. Arbeiter unter 20 Jahre (Jugendliche) erhalten einen um 10 Proz. für jedes Kinderjahr herabgesetzten Tagelohn der Bedigen nach Lohnstafel VI zuzüglich 6028,80 M. in Ortsklasse A 5907,20 M. in Ortsklasse B, 5793,60 M. in Ortsklasse C, 5617,20 M. in Ortsklasse D und 5421,20 M. in Ortsklasse E unter Abrechnung des Endbeitrages auf volle Mark nach oben. Im übrigen gelten hier ebenfalls die Bestimmungen unter Lohnstafel XVI.

Aus unserer Bewegung

Ueber die Streikbewegung in Dortmund und Köln hatten wir bei Redaktionsschluss noch keine zuverlässigen Berichte. Die Tagespresse teilte mit, daß der Dortmund-er Streik am 30. Mai beendet wurde.

Bonn. In einer außerordentlichen Generalsversammlung vom 18. Mai wurde der Antrag des Kollegen Patsch auf Neuwahl des Vorstandes abgelehnt. Der Antragsteller hatte schon in einer Versammlung vom 7. Mai in der heftigsten und unverantwortlichsten Weise auf die „Führer“ geschimpft und ihnen die Schuld an den unzulänglichen Lohnverhältnissen in die Schuhe geschoben. Der zweite Antrag Patsch, den Angestellten zu entlassen, wurde bei einer Anwesenheit von etwa 125 Kollegen mit allen gegen 11 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der Kollegen aus dem Gas- und Elektrizitätswert, Patsch wegen organisationschädigenden Treibens aus dem Verband auszuschließen, wurde angenommen. — Es ist sehr bedauerlich, daß in einer Zeit, da die Einigkeit der Arbeiter nötiger denn je ist, solche Vorkommnisse möglich sind. Bei aller Anerkennung berechtigter Kritik sollte doch jeder Kollege bestrebt sein, dem Ganzen zu dienen und das persönliche Moment in den Hintergrund zu stellen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Eine Denkschrift an den Reichskanzler. Sämtliche freien und Nicht-Dunderschen Spitzengewerkschaften haben dem Reichskanzler aus Anlaß des „Angebots der Industrie“ am 1. Juni folgendes Schreiben überreicht:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, dattiert vom 25. Mai 1923, der Reichsregierung ein Schreiben überreicht, in dem er erklärt, in welchem Umfang und in welcher Form er die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garant für den Aufschub der Reparationszahlung erachtet. Die unterzeichneten Gewerkschaften sind nicht zu einer Anerkennung aufgefordert worden. Da es sich jedoch um eine Frage akuter Bedeutung sowohl für das Reich wie auch für die deutsche Arbeiterschaft handelt, besonders auch für den gewerkschaftlichen Abwehrkampf an der Ruhr, sehen sich die unterzeichneten Gewerkschaften veranlaßt, Ihnen, Herr Reichskanzler, ihre Meinung zu unterbreiten. Wir erkennen

